

7./VI. 1917

Budgetausschuß.

Heute vormittag trat unter Vorsitz des Obmannes Dr. Sylbester und in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler und des Finanz-

ministers Freiherrn v. Wimmer der Budgetausschuß zu einer Sitzung zusammen, in der die Verhandlung über die Anträge Teufel, Giombinski und Schöpfer betreffend die Teuerungszulagen für die Lehrer fortgesetzt wurde.

Auf eine Anfrage des Abg. Giedel, wie sich die Regierung zu den vorliegenden Anträgen stelle, gab Finanzminister Freiherr v. Wimmer eine längere Erklärung ab, in der er feststellte, daß der Antrag Teufel für die Regierung unannehmbar sei. Die Regierung könne aber auch die andern Anträge, welche für die Länder Vorschüsse verlangen, aus dem Grunde nicht akzeptieren, weil hiedurch die bereits bestehende Ungleichheit in den Bezügen der Lehrer in den einzelnen Ländern nur noch gesteigert würde. Dagegen wäre die Regierung bereit, zu den Kosten der Teuerungszulagen 50 Prozent beizutragen, unter der Voraussetzung, daß diese Zulagen einheitlich für alle Länder systemisiert würden. Die Regierung würde sonach 60 Millionen unter der Bedingung zur Verfügung stellen, daß die Länder zu den von ihnen bereits geleisteten Teuerungszulagen noch soviel beitragen, daß ihre Leistungen gleichfalls 60 Millionen betragen.

Abg. Benker stellte, da eine Reihe divergierender Anträge und eine Erklärung der Regierung vorliegen, den Antrag, die ganze Angelegenheit nunmehr einem Unterausschuße zuzuweisen, welcher sich auf eine einheitliche Forderung einigen und dann diesbezüglich mit der Regierung in Verbindung treten soll. Der Unterausschuß habe in kürzester Frist dem Ausschusse zu berichten.

Dieser Antrag wurde angenommen.

Darauf vertagte sich der Ausschuß auf 2 Uhr nachmittags. Falls der Unterausschuß bis dahin seine Arbeiten beendet haben wird, wird er bereits dem Vollausschuße Bericht erstatten.